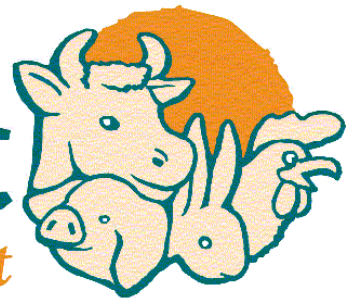


# Animal Spirit

## Zentrum für Tiere in Not



A-3053 Laaben, Am Hendlberg 112  
Spendenkonto: PSK  
IBAN: AT82 6000 0000 7569 4953, BIC: OPSKATWW

Tel. (+43) 02774 / 29 330  
Fax: (+43) 02774 / 29 331  
Email: [office@animal-spirit.at](mailto:office@animal-spirit.at)

### EU und Tierschutz:

**Gründe aus dieser Warte für das EU-Austritts-Volksbegehren vom 24. 6. – 1. 7. 2015**

*Tierarzt Dr. Franz-Joseph Plank, Obmann ANIMAL SPIRIT, Jänner 2015*

Bereits Viktor Hugo (1802-1885, französischer Schriftsteller, großer Europäer und erster Präsident der Liga gegen Vivisektion), schrieb visionär: „Einen Stier zu foltern zur Belustigung, zum Vergnügen, bedeutet weit mehr als ein Tier zu foltern; es bedeutet, ein Bewußtsein zu foltern!“

### Das EU-weite Geschäft mit dem Fleisch

Als langjähriger Tier- und Umweltschutzaktivist bin ich für den schnellstmöglichen Austritt Österreichs aus der EU, damit wir wieder selbständig vernünftige und für Bevölkerung, Umwelt und Tiere sinnvolle Gesetze – v.a. betreffend Agrarpolitik - machen können (siehe echte direkte Demokratie Schweiz). Denn die EU ist – gemeinsam mit den USA – durch die von ihr massiv geförderte Agrar- und Tierausbeutungsindustrie Hauptverursacher schrecklichen Tierleids, für massiven Einsatz von Pharmazeutika und damit verbundenen Antibiotika-Resistenzen, großflächige Umweltschäden, Seuchen und regelmäßige Fleischskandale – die Fakten rund um die industrielle Massentierhaltung in der EU liegen auf dem Tisch. Aber der Markt boomt, Fleisch ist ein gewinnbringendes Geschäft. Damit das so bleibt, bedient die Werbung unablässig das Klischee einer heilen – schon lange nicht mehr existierenden - Bauernhofromantik. Gleichzeitig werden Unmengen unserer Steuergelder, die wir als “Mitglied” zwangsweise an die EU abliefern müssen, verschwendet.

Denn die Fleisch-Produzenten fetten ihre Gewinne mittels großzügiger staatlicher Subventionen auf, Kosten für verursachte Umweltschäden werden allerdings auf die Steuerzahler abgewälzt. Das Wachstumswunder Fleischindustrie ist überhaupt erst möglich, weil Fleisch von der EU-Politik mit Förderungen künstlich verbilligt wird. Statt im Interesse der Allgemeinheit Qualität zu fördern, werden in erster Linie Massenproduktion und somit Billigst-„Lebensmittel“ unterstützt – nach dem uralten Prinzip „Brot und Spiele“. So flossen allein im Jahr 2013 in der EU 60 Milliarden Euro (!) an Subventionen in die Landwirtschaft bzw. Agrarindustrie, das waren über 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Aberwitzig viel Geld für einen Wirtschaftszweig, der nicht einmal zwei Prozent des europäischen Sozialprodukts erwirtschaftet. Dazu zählten etwa auch milliardenschwere EU-Beihilfen in Form von sogenannten Flächenzahlungen und für die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur, sowie Förderungen für den Futtermittelhandel. Die EU fördert Investitionen in noch größere Ställe mit bis zu 50 Prozent, während Bauern mit wenig Vieh leer ausgehen, und immer mehr der sog. “Kleinbauern” endgültig zusperren müssen. Allein 240 Millionen Euro aus EU-Töpfen wandern jährlich direkt in die fleischverarbeitende Industrie. Wir wollen daher wieder eine eigenständige, umwelt- und tierschutzgerechte Agrarpolitik ohne Gentechnik, Massentierhaltung, tagelanger internationaler Tiertransporte und Megatonnen importierter Futtermittel aus Drittweltländern, wo auch kleine und mittlere Betriebe mit Bezug zu ihren Tieren wieder eine Chance zum Überleben haben.

### Einige (weitere) Beispiele EU-bedingter Tier-Tötungen bzw. Tierquälereien:

\* **Straßenhunde und Katzen sollen EU-weit – ähnlich Wildtieren - für „vogelfrei“ erklärt werden:** Das Gesetz ist seit 2007 in der Vorbereitung und soll demnächst, also 2015, eingeführt werden. Das wäre das Ende einer moralisch-ethischen EU (so es eine solche jemals gegeben haben sollte...), mit großen Folgen für den Tierschutz in allen EU-Ländern. Eine Petition dagegen - als gemeinsame Aktion von "Occupy

for Animals" und "Rescue Association Hobo Dogs Finland" - wurde am 21. Dezember 2014 gestartet und zur offiziellen Registrierung an den Petitions-Ausschuß des EU-Parlaments eingereicht: „Bisher hat die Kommission einen wesentlichen Unterschied zwischen Wildtieren und Haustieren gemacht. Leider würde sich dies nun mit der Einführung des neuen "EU Animal Health Law" („EU- Tiergesundheitsgesetz“), das derzeit in der Endphase diskutiert wird, ändern. In den letzten drei Jahren hat die EU-Kommission bereits den Entwurf eines Tiergesundheitsgesetzes vorgelegt, welches angeblich die meisten der derzeitigen EU-Bestimmungen über Tiergesundheit vereinfachen und somit angeblich größere Übereinstimmung der gemeinsamen Grundsätze und Regeln bringen soll. Streunertiere wie Hunde und Katzen sollen demnach als "wilde Tiere" betrachtet werden, was sie nun nicht nur de facto (siehe Rumänien) sondern auch de jure völlig vogelfrei und schutzlos zurücklassen würde!

\* **Derzeitiges Massaker an Rumäniens Streunerhunden:** Jeder EU-Steuerzahler finanziert den Mord an bis zu 2,5 Mio. unschuldigen Hunden in Rumänien mit. Am 25.09.2013 hat das rumänische Verfassungsgericht ein „Euthanasiegesetz“ bestätigt und damit den kaltblütigen Mord an bis zu 2,5 Mio. Straßenhunden in Rumänien beschlossen. Somit hat es entschieden, daß dieses Gesetz der Massentötungen verfassungskonform ist! Die Hunde können jetzt jedenfalls getötet werden, während Vertreter von NGOs kein Recht haben, anwesend zu sein! Das Kollegium der Tierärzte hat in das Gesetz die Vorgabe eingebracht, daß die Tötung nicht mehr allein durch die in der EU akzeptierte Einschläferung (Vollnarkose und danach Todesspritze) durchgeführt wird, sondern sich den Richtlinien der rumänischen Tierärztekammer zu folgen hat. Das bedeutet: Die Hunde dürfen mit CO<sub>2</sub>, Kaliumchlorid, Stickstoff, „Frostschutzmittel“, Stromschlägen oder Bolzenschüssen „euthanasiert“ werden, also grausamen Tötungsmethoden, die dem Begriff der Euthanasie klar zuwiderlaufen. Hintergrund des Massenmordes an Hunden ist ein höchst kriminelles und lukratives Geschäft mit dem Mord an Straßenhunden, mit dem „dog hunter“, Kommunen und Bürgermeister in Rumänien Millionen Euros machen. Bis zu € 250 pro Hund werden von Kommunen an Tierheime für die Unterbringung gezahlt. Auf der anderen Seite erhalten genau diese Kommunen hohe EU-Subventionen, die mit unseren Steuergeldern finanziert werden. Und mit den dann freien Mitteln wird der Hundemord finanziert. Man sucht per Ausschreibung das günstigste Tierheim, wo die Tiere nach Ankunft oft gleich ermordet werden oder verhungern. Im Zeitraum zwischen 2004-2009 wurden unfaßbare 10 Mio. Straßenhunde in Rumänien getötet! Und trotzdem sind die Straßen immer noch voll. ANIMAL SPIRIT hat gemeinsam mit anderen TS-Orgas Beschwerdebrief an die EU-Kommission geschickt, bislang gab es keine Reaktion... Die EU wird darin u.a. aufgefordert, *"unverzüglich zu handeln, zweckgebundene Gelder einzufrieren, massenhafte und grausame Euthanasie-Methoden zu ahnden und zu verurteilen"*.

#### \* **8 EU-Millionen an den Französischen Staat für die Tötung der Haie auf La Reunion?**

Die französische Regierung und lokale Behörden wollen Finanzierungsmittel aus dem europäischen Fonds erbitten für das Töten von Haien vor der Insel La Reunion bis ins Jahr 2020; das von der EU geforderte Budget soll mehrere Millionen Euro pro Jahr betragen. Vor Ort hat das Töten der Haie bereits begonnen. Das erklärte Ziel ist es, die Population der Haie „zu regulieren“, bei denen keine wissenschaftliche Studie überhaupt eine "Vermehrung" gezeigt hat. Zwei Programme für die "Regulierung" sind bereits im Gange: Valo Requins, für "Die Bewertung der Haie" und Cap Requins, für "Das Fangen der Haie". Die angebliche Studie namens „Valo Requins“ tötet Tiger- und Bullenhaie unter dem anfänglichen Vorwand, daß sie den Verzehr durch den Menschen wieder ankurbeln und mit dem erklärten Ziel, ihre Anzahl zu "regulieren", und angeblich die Sicherheit von Aktivitäten wie Surfen oder Schwimmen zu garantieren. Der Vorwand wurde allerdings von der Lebensmittelsicherheitsagentur bestritten: der Verzehr durch den Menschen wurde aufgrund zu hoher Mengen an Schwermetallen und gefährlicher Giftstoffe als unmöglich beurteilt; Dutzende von Menschen starben in der Region, auf Madagaskar, nach dem Verzehr derartiger Haie...

\* **Stierkämpfe:** Dieses letzte europäische Relikt barbarischer Tierquälerei und Folter aus Gründen der „Tradition“ ist in Spanien noch besonders stark verwurzelt! Bis zu 40.000 Stiere werden allein dort jährlich zur Volksbelustigung dahingemetzelt. Nachdem diese Barbarei 2010 in Katalonien verboten wurde, geriet Rest-Spanien „in Panik“ und hat den Antrag gestellt, es als „Kulturgut“ schützen zu lassen und diesen blutigen „Sport“ sogar zum Kulturerbe erklären zu lassen! Der Name „Kampf“ ist jedoch gänzlich irreführend, denn die Verlierer sind stets die Tiere, die in der Arena regelrecht hingerichtet werden. Anfang November 2013 war es dann tatsächlich soweit: Das spanische Parlament hat die blutigen Stierkämpfe zu ei-

nem „immateriellen Kulturgut“ erklärt! 600.000 Unterschriften der Befürworter hatten die Abgeordneten in Madrid gezwungen, sich mit dem Thema zu befassen. Es ist beschämend, daß im Jahr 2013 mitten in EU-Europa Tiere unter dem Deckmantel der Tradition legal zu Tode gequält werden dürfen. Stierkampf ist aber keineswegs Kulturerbe, sondern staatlich und EU-subventionierte öffentliche Folter! Trotz der derzeitigen größten sozialen und wirtschaftlichen Krise seit dem 2. Weltkrieg in Spanien subventioniert dieses Land die Arenen, die Stierkampfschulen, die Zucht, die Organisation und Durchführung der Kämpfe, Gratiskarten für Politiker und „Promis“, Werbung in den Massenmedien, etc. – mit Geld der Steuerzahler und letztlich aller EU-Bürger und unfreiwillig auch der Österreicher! Gleichzeitig werden die Mittel der Sozialleistungen, Gesundheit, Bildung und Umwelt laufend gekürzt. Das alte römische Prinzip „Brot und Spiele“, um das unkritische Wahl-Volk bei Laune zu halten...

\* **Mega-Schlachthöfe mit EU-Steuergeldern:** 430.000 Hühner werden täglich (wöchentlich 2,5 Mio. und jährlich 135 Mio.!) im niedersächsischen Wietze geschlachtet! Europas größter Schlachthof für Geflügel wurde mit 6,5 Millionen Euro aus Steuergeldern subventioniert! Das ist ein wieder nur ein weiteres Beispiel für die Art von subventionierter Agrarindustrie und Massen-Tötungsmaschinerie, die nicht nur menschen- und tierverachtend ist, sondern faire, ökologische und regionale Lebensmittelerzeugung systematisch zerstört! (Quelle: <http://greenfairplanet.net>).

\* **Nov. 2013: EU schützt Fleisch-Mafia statt Konsumenten:** Entgegen der vollmundigen Versprechen nach dem Pferdefleischskandal vom Februar 2013 spricht sich die EU-Kommission in einem Bericht gegen eine verpflichtende Kennzeichnung der Herkunft von Fleisch aus. Damit stellte sich die EU klar auf die Seite der Fleisch-Mafia, anstatt die Konsumenten zu schützen!

\* **Juli 2013: Hunderte EU-Steuermillionen für ausländische Massentierhaltungen:** Zwischen 2002 und 2011 hat die "Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" (EBRD) Kredite in Höhe von 218 Millionen € für Betriebe außerhalb der EU vergeben. Ausgerechnet in den Aufbau von Betrieben zur Nutztierhaltung, die aufgrund ihrer Tierhaltung in der EU längst verboten wären. Deutschland etwa unterstützte sogar den Export von Käfigen zur Haltung von Legehennen! Zwischen den Anforderungen, die man an die Tierhaltung in der EU stellt, und denen an Länder außerhalb der EU gibt es in der Europäischen Union scheinbar große Unterschiede. Öffentliche Kredite in Millionenhöhe flossen in den vergangenen Jahren in Länder, deren Standards nicht den EU-Richtlinien entsprechen. Gelder, die größtenteils aus EU-Ländern kamen, so eine Studie der NGO „Human Society International“. Investiert wurden diese Kredite der EBRD in Projekte außerhalb der EU, die auf intensive Tierhaltung setzen und deren Strategien in der EU längst verboten sind. 63 Prozent des Kapitalanteils der EBRD stammen von EU-Ländern.

### **Einige (weitere) Beispiele der katastrophalen Folgen der „Warenfreiheit“ und des Gleichmachungs- und Rationalisierungswahns der EU für die Tiere:**

➤ **Größtes Thema - Tiertransporte:** Die Milliardensubventionen, welche die unnötigen, qualvollen Tiertransporte quer durch Europa bis nach Afrika erst ermöglichen (nach der Abschaffung der Subventionen für „Schlachttiere“ werden nun kurzerhand viele Tiere als „Zuchttiere“ deklariert). Selbst mehr als 1,1 Mio. Unterschriften im Juni 2012 ließen die EU-Kommission kalt: der 2012 wegen Korruption zurückgetretene Kommissar John Dalli hielt sein vor laufenden Kameras abgegebenes Versprechen, die Tiertransport-Richtlinie entsprechend zu ändern, soundso nicht ein.

#### **Folgen für Österreich:**

➤ **Ungebremster Transit:** Während vor dem EU-Beitritt der Transit von Klautentieren auf Österreichs Straßen (Seuchengefahr) generell verboten war und die Grenzen durchgehend mit Grenztierärzten versehen waren, rollen seit dem 1.1.1995 sämtliche internationalen Lebendtiertransporter ungehindert und meist unkontrolliert durch unser Land. Folgen u.a.: die rasante Ausbreitung der Seuchen MKS, aber auch von Schweinepest und Vogelgrippe.

➤ Die Aufhebung des **LKW-Transitvertrages** durch die EU -> 2 Millionen Schwerlastler rollen jährlich alleine über den Brennerpaß!

- Das seinerzeit vorbildliche **österr. Tiertransportgesetz-Straße** (Schlachttiere nur bis zum nächstgelegenen geeigneten inländischen Schlachtbetrieb) wurde bereits im Mai 1999 per EUGH-Entscheid de facto aufgehoben: unser gutes Tiertransport-Gesetz widersprach dem obersten EU-Prinzip des freien „Waren“-Verkehrs und wurde vom – v.a. der Wirtschaft und der Profitmaximierung verpflichteten - EUGH „overruled“ (also quasi untersagt).
- Die Folgen: **Ungehinderte Tiertransporte quer durch Europa**, von Ungarn nach Spanien, von Polen oder Weißrußland nach Süditalien oder sogar von Estland nach Österreich. Auch **Importe von lebenden Schlachttieren** (v.a. Schweine aus Holland, Belgien, Deutschland), um dann als „österreichisches Qualitätsfleisch“ in unseren Supermarktregalen zu landen, wenn die „Wertschöpfung“ (gemeint ist Schlachtung und Zerlegung) nur zu mehr als 50% in Österreich erfolgt ist. Vor dem EU-Beitritt wurden praktisch keine lebenden Schweine importiert, jetzt sind es rund 700.000/Jahr! Dazu kommen ca. 100.000 Rinder aus N-Europa und ca. 13 Mio Hühner pro Jahr zum Schlachten nach Österreich.
- **Die Aufhebung der Bestandsobergrenzen für Massentierhaltungen** in Österreich gleichzeitig mit dem EU-Beitritt (1.1.1995).
- Millionen-Förderungen für neue **Monster-Tierfabriken** in Österreich und anderen EU-Ländern durch unsere Steuergelder, die wir als Nettozahler zwangsfinanzieren müssen.
- **Fallen von Umwelt- und Tierschutzstandards**: Unsere Gesetzgebung wird bereits zu ca. 80% von Brüssel diktiert, sodaß wir zusehen müssen, wie sinnvolle Gesetze wie z.B. das **UVP-Gesetz** (2000) so verwässert werden, daß jetzt neue Massentierhaltungsbetriebe noch wesentlich leichter ohne UVP und ohne Anrainer/Bürgerinitiativen-Beteiligung durchgehen.
- **Thema Schächten**: Weil der Schutz der Religion, nicht aber der Schutz der Tiere vor Qualzufügungen in der Verfassung festgeschrieben ist, haben die EU und die meisten europäischen Länder das Schächten aus "religiösen Gründen" - teilweise unter bestimmten Auflagen - wieder erlaubt. Anstatt alle empfindungsfähigen Lebewesen vor archaischen religiösen Geboten oder Bräuchen zu schützen, wurden die Schlachtverordnungen den Ansichten religiöser Fundamentalisten angepaßt. Obwohl dadurch das ethische Empfinden und Mitgefühl des Großteils der Bevölkerung mißachtet wird, wurde in den meisten EU-Staaten dennoch das langsame zu Tode-Quälen durch diese Sondergesetzgebung gestattet. Ausnahmen sind lediglich Schweden und Dänemark sowie die Nicht-EU-Staaten Schweiz, Norwegen und Island. Noch dazu hat in Österreich der ehemalige „Tierschutz“-Minister Stöger die – vom EU-Parlament geforderte - EU-weite Kennzeichnungspflicht für Schächtfleisch abgelehnt!
- **Verdoppeltes „Bauernsterben“**: „Dank“ der Auflagen der WTO und deren aggressiven Weltmarktorientierung ist auch in der EU bzw. in Österreich keinerlei wirksamer Außenschutz mehr möglich. Es zählt nur immer größere Produktionssteigerung und Profitmaximierung. Die Folge ist ein weiterer massiver Verlust von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen und noch mehr Konzentrierung der Tierbestände. So hat sich das tägliche Bauernsterben seit dem EU-Anschluß Österreichs in etwa verdoppelt, täglich sperren 9 landwirtschaftliche Betriebe zu!
- **Die EU führt Krieg gegen die Bauern**. Wolfgang Hingst schreibt bereits 1992 in „10 Thesen gegen Großeuropa“, heute leider noch aktueller als damals: *„Die Agrarpolitik der EU ist auf Industrialisierung ausgerichtet, mit all ihren verheerenden Folgen: Massentierhaltung mit Einsatz von erlaubten Antibiotika und verbotenen Hormonen, Überschußproduktion mit Hilfe giftiger Spritzmittel und schädlicher Treibdünger auf den Feldern, Anwendung gentechnischer Methoden zur Ertragssteigerung, Subventionsdschungel. Kleine Bauern können da nicht mithalten und gehen zugrunde: Tod der Bauern.“*
- **Ungehindertes Import von Tierqual-Produkten**: Produkte, deren Herstellung in Österreich dank des jahrelangen Protests von Tierschützern verboten wurden (wie z.B. die Haltung von Pelztieren, Stopfgänseleber oder Lebendrupf-Daunen und seit 2009 die Käfigeier → Zig Millionen Hennen leiden aber trotz des seit 2012 EU-weiten Verbots noch weiter in Käfigen), können durch den unbegrenzten Warenverkehr in der EU ungehindert importiert werden.

- **Subvention anderer Tierquälereien:** Durch die jährlichen Netto-Zahlungen an Brüssel subventionieren österreichische Steuerzahler verschiedenste Tierquälereien auch in anderen EU-Ländern mit, wie z.B. die Zucht von Bullen für die anachronistischen und blutrünstigen spanischen **Stierkämpfe** – dadurch ist die Zahl der Stierkämpfe regelrecht explodiert!
- Aber auch die **Deckprämie für die Norikerzucht**, die als „aussterbende Nutztier rasse“ pro Fohlen mit 160,- € von der EU direkt gefördert werden, wobei aber bis zu 90% der Hengstfohlen beim Schlachter landen! Dazu kommen Almförderungen, Zuchtverbandsprämien, etc.
- Dem **Subventionsbetrug** ist Tür und Tor geöffnet, wie jährlich verschwundene Milliarden-Summen bestätigen: In Italien wurden z.B. einohrige (lebende) Rinder gesichtet, um 2x die begehrte Schlachtpremie kassieren zu können. Tiere werden in ein Land exportiert, Subventionen kassiert und wieder importiert – das Spiel kann sich wiederholen...  
2012 wurden laut dem Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes, Vitor Caldeira, gar 4,8% des EU-Haushalts rechtwidrig verwendet, das waren ca. 6,6 Milliarden EURO!
- **Zig Millionen von neuen Tierversuchen** verordnete die EU-Kommission, um sog. „Alt-Chemikalien“, die tlw. bereits seit Jahrzehnten im Handel sind, an Labortieren in grausamen Toxizitätstests „neu zu bewerten“. Die EU-Chemikalien-Verordnung REACH sieht nämlich vor, daß Tausende Chemikalien auf ihre Giftigkeit überprüft werden sollen. Schätzungen gehen von bis zu 54 Millionen Tieren aus, die in den nächsten Jahren für REACH leiden und sterben sollen. Dabei ist wissenschaftlich gar nicht nachvollziehbar, daß diese Tierversuche auf den Menschen übertragbar sind, wie Zigtausende vom Markt genommene Medikamente beweisen. Die Kommission möchte so die Konsumenten in trügerischer Sicherheit wiegen.
- **Zahnlose EU-Tierversuchs-Richtlinie:** Auch bei der am 9.11.2010 in Kraft getretenen neuen Tierversuchs-Richtlinie 2010/63, hat sich die Kommission zugunsten der Interessen der tierversuchenden „Wissenschaft“ durchgesetzt; so bringt diese immer noch keine Wende in Richtung tierversuchsfreier Verfahren. Diese Richtlinie erlaubt auch keine strengeren nationalen Bestimmungen. Nicht einmal Versuche an Affen – sogar Menschenaffen – wurden verboten.
- Das Europäische **Patentübereinkommen** besagt ursprünglich in seinem Artikel 53b, daß Pflanzensorten und Tierrassen nicht patentiert werden dürfen. Dies war immer noch ein Stolperstein für gentechnologische Erfindungen im Bereich der belebten Umwelt. Seit 1.9.1999 ist es auf Grund der neuen EU-Patentrichtlinie aber nun möglich, genmanipulierte Tiere und Pflanzen patentieren zu lassen! Folge: Flut von Tierversuchen an genmanipulierten Tieren.
- **TTIP und Monsanto:** „Monster Monsanto greift nach der Macht“: Das bevorstehende transatlantische Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP) wird neue Hintertüren öffnen. Heute sind 90% der angebauten gentechnisch veränderten Organismen, u.a. Soja, Raps, Mais und Baumwolle, Patente des US-Multis Monsanto! Genverändertes Mais- und Sojafutter führen aber bei Rindern zu schweren Verdauungsstörungen oder Fortpflanzungsproblemen. Gengefütterte Ratten wiesen 3x so hohe Todesrate wie normal gefütterte, 80% von ihnen entwickelten Krebstumore. „*Diese explosive Studie wurde von der EFSA (Europ. Behörde für Lebensmittel-„Sicherheit“) bewußt unterdrückt*“, so der Monsanto-Kritiker William Engdahl. „*Wie sich herausstellte, unterhielten die meisten Wissenschaftler des EFSA-Gremiums Verbindungen zu Monsanto. Der Konzern versucht auf diesem Weg der Korruption, sich den Weg freizumachen...*“.
- **Singvogelfang in Österreich:** Aber auch da, wo die EU Druck auf Österreich ausüben könnte, um „Bräuche“, wie z.B. den Vogelfang im OÖ Salzkammergut, zu verbieten, mißt sie mit zweierlei Maß: Während es hierbei zwar zu einer (wirkungslos gebliebenen) Rüge der EU an Österreich gekommen ist, sieht sie bei unvergleichlich größeren Tiermorden, wie dem grausamen Fang und Abschub von jährlich Millionen Singvögeln im (großen) Italien, tatenlos zu.

## „Tierschutz“ in der EU:

Seit 29 Jahren werden auf EU-Ebene Bestimmungen erlassen, die unter dem Begriff „Tierschutz“ eingeordnet werden. So z.B. auch im Lissabonner Vertrag, wo sich sowohl die Union als auch die Mitgliedstaaten „auf dem Papier“ zu dem Prinzip verpflichten, daß "dem Wohlergehen der Tiere als fühlende Wesen" Rechnung getragen wird

(Art. 13 AEUV, [http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/policy/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/policy/index_de.htm)). Diese dienen bislang jedoch v.a. dem einen Zweck, in ganz Europa möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und den freien Handel mit Tieren und tierischen Produkten sicherzustellen. Denn die EU ist in ihrer Struktur eine reine Wirtschaftsorganisation. Deshalb beziehen sich die meisten „Tierschutz“-Regelungen auch auf die landwirtschaftliche Tierhaltung oder Tiertransporte: Lebende Tiere werden dort wie Kartoffeln als „Agrarprodukte“ definiert – und leider meistens auch so behandelt. Daher geht es in den EU-Richtlinien, die lediglich Mindestanforderungen vorschreiben, auch nicht um Tiere, sondern es geht v.a. darum, wie man den Züchtern und Händlern das Geschäft mit Tieren vereinfachen kann. Um „Tierschutz“ geht es lediglich insofern, als man - zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU - erreichen will, daß durch noch mehr Tierquälerei in einem Land noch billiger produziert werden kann (diese Position vertritt in Ö mit Vorliebe die ÖVP, vertreten durch deren „Bauerbund“, in Wahrheit eine Interessensvertretung der Agrarindustrie). Von wirklich tiergerechten Bedingungen sind diese Richtlinien meilenweit entfernt. Aus diesem Grund fasseln jetzt hierzulande auch einige Politiker von einem „EU-einheitlichen Tierschutzgesetz“, damit die Wettbewerbsverzerrung für unsere „Bauern“ (gemeint sind Agrarindustrielle) zurückgedrängt wird.

Wenn es um Gurken, Glühbirnen oder Duschköpfe geht, sind die Eurokraten beim Reglementieren immer sehr fleißig, nur beim Tierschutz sieht sich die Legislative in EU-Parlament und Kommission nach wie vor nicht wirklich zuständig. Nach wie vor ist der Umgang mit Tieren in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten, vor allem in den süd- und osteuropäischen Ländern, grausam und unvertretbar. Massentötungen, Tierquälerei (wie die Streuner in Rumänien) und katastrophale Zustände bei der Nutztierhaltung stehen in vielen EU-Mitgliedsstaaten auch 2015 immer noch an der Tagesordnung. Bei den Tiertransporten fehlen weiterhin strenge Reglementierungen, auch der illegale Import, vor allem von Hunden aus den Oststaaten, aber z.B. auch von bei uns verbotener Gänsestopfleber, ist durch die offenen Grenzen außer Kontrolle geraten. Billigeier aus – inzwischen in der EU zwar verbotenen, aber immer noch im großen Stil verwendeten - Batteriehaltungen in Südostasien werden von den Lebensmittelgroßkonzernen in den europäischen Raum importiert und hier vor allem zur Herstellung von Fertigprodukten (Nudeln, Backwaren, etc.) verwendet.

Die Folgen des EU-Beitritts für die Bürger waren schon schlimm genug – Demokratieverlust, Sozialabbau, schrittweise Aufgabe der Neutralität, militärische Aufrüstung und Beteiligung an Kriegen, Subventionierung der Atomindustrie, grenzenloser Freihandel zu Lasten von Klein- und Mittelbetrieben und kleinstrukturierter, biologischer Landwirtschaft, Verlust des harten Schillings „zugunsten“ der derzeit kurz vor dem Kollaps stehenden Kunstwährung EURO, ESM-Monster, etc. Für Tiere waren sie de facto eine Katastrophe!

**DAHER:** Österreich braucht v.a. auch in Tier- und Umweltgesetzgebung wieder Eigenständigkeit und Selbstbestimmung, ohne Bevormundung von Brüssel - zulasten unserer Zukunft, der Natur, der Lebensgrundlagen, der Nahrung, der Tiere! Was wir brauchen für die Zukunft unseres Landes ist eine echte, vom Bürger ausgehende, direkte Demokratie, gemessen am Beispiel Schweiz!

**PS.:** „*An allem Unrecht, das geschieht, ist nicht nur der Schuld, der es begeht, sondern auch der, der es nicht verhindert*“. Erich Kästner.

**Mahatma Gandhi** sagte einmal den berühmten Satz: „*Die Größe von Nationen und deren moralischen Fortschritt kann man daran messen, wie ihre Tiere behandelt werden*“.

Und zuletzt ein sehr aktueller Stehsatz: „*Wer in der Demokratie schläft, muß sich nicht wundern, wenn er in einer Diktatur aufwacht!*“